

über die 18. Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung, Umwelt, Bauen und Verkehr der Stadt Monheim am Rhein vom 30.11.2017

Sitzungsraum: Ratssaal, Rathaus, Rathausplatz 2, 40789 Monheim am Rhein
Beginn: 17:02 Uhr
Ende: 00:40 Uhr

Anwesend:

Mitglieder der PETO-Fraktion

Herr Andy Eggert
Herr Ingo Elsner
Herr Patrick Fuest
Frau Carina Häusler
Herr Tim Kögler
Herr Steffen Pawlik
Herr Lucas Risse
Frau Bianca Rosenstetter
Frau Monika Sikora

Vertretung für Herr Marius Volgmann

Mitglieder der CDU-Fraktion

Herr Markus Gronauer
Herr Michael Nagy
Herr Lars van der Bijl

ab Tagesordnungspunkt ö 4

Mitglieder der SPD-Fraktion

Herr Abdelmalek Bouzahra

Vertretung für Herr Benjamin Kenzler

Mitglieder der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Manfred Poell

von der Verwaltung

Herr Andreas Apsel
Frau Kerstin Frey
Herr Manfred Hein
Frau Claudia Jung
Herr Guido Krämer
Frau Ella Lebzak
Frau Sabine Noll
Herr Ralf Richrath
Herr Florian Sandner
Frau Laura Siebert
Herr Robert Ullrich
Herr Thomas Waters
Herr Oliver Wiesner

Herr Daniel Zimmermann

Gäste

Herr Michael Hamann
Herr Detlef Hövermann
Herr Wolfgang Sievers

Schriftführer

Herr Wolfgang Mansen

Entschuldigt fehlten:**Mitglieder der PETO-Fraktion**

Herr Marius Volgmann
Herr Christian Weiffen

Mitglieder der SPD-Fraktion

Herr Benjamin Kenzler

von der Verwaltung

Frau Susanne Niederlehner
Herr Marc Steven

Tagesordnung:

TOP	Beratungsgegenstand	Vorlage Nr.
1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit	
2	Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil -	
3	Bericht über die Ausführung der Beschlüsse der Sitzung vom 07.09.2017 -öffentlicher Teil-	IX/1361
4	Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner	
5	Bebauungsplan 21.1M "Robert-Koch-Straße" - 2. Änderung	IX/1286
6	Einverständniserklärung für das Video-Streaming der Sitzungen des Rates der Stadt Monheim am Rhein und seiner Ausschüsse im Internet	IX/1357
7	10. Satzung zur Änderung der "Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 16.12.2008"	IX/1353
8	10. Satzung zur Änderung der "Gebührensatzung zur Abfallentsorgungssatzung (Abfallentsorgungsgebührensatzung) der Stadt Monheim am Rhein vom 16.12.2008"	IX/1339

9	4. Satzung zur Änderung der "Gebührensatzung zur Grundstücksentwässerungssatzung der Stadt Monheim am Rhein" vom 19.12.2013	IX/1363
10	4. Satzung zur Änderung der "Friedhofssatzung der Stadt Monheim am Rhein" vom 18.12.2003	IX/1352
11	4. Satzung zur Änderung der "Gebührensatzung für die Benutzung der Friedhöfe der Stadt Monheim am Rhein" vom 16.12.2008	IX/1340
12	Planung von Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse auf der Opladener Straße	IX/1336
13	gemeinsames Wasserversorgungskonzept der Städte Langenfeld und Monheim am Rhein	IX/1322
14	vorhabenbezogener Bebauungsplan 146M "Postgebäude Friedrichstraße" 1. Erweiterung Geltungsbereich 2. Variantententscheidung	IX/1316
15	Bebauungsplan 71B "Hasholzer Grund" - Variantenentscheidung	IX/1337
16	Bebauungsplan 135M "Krankenhaus Monheim" 1. Änderung des Geltungsbereichs 2. Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit	IX/1356
17	Bebauungsplan 77M 6. Änderung "Heinestraße" 1. Variantenentscheidung 2. Offenlagebeschluss	IX/1351
18	56. Änderung Flächennutzungsplan "Sophie-Scholl-Quartier" - Öffentliche Auslegung (erneuter Beschluss)	IX/1288
19	Bebauungsplan 66B "Sophie-Scholl-Quartier" - Öffentliche Auslegung (erneuter Beschluss)	IX/1296
20	Vorhabenbezogener Bebauungsplan 144M "Am Hang" erneute Offenlage	IX/1329
21	Vorhabenbezogener Bebauungsplan 65B "Hotel Rheinterrassen" - Variantenentscheidung	IX/1327
22	Bebauungsplan 70B "Kita Benrather Straße" Offenlagebeschluss	IX/1354
23	Bebauungsplan 33B(a) 9. Änderung "Kita Bregenzer Straße" 1. Aufstellungsbeschluss 2. Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit	IX/1358
24	ÖPNV-Leistungsausweitung 2018/2019	IX/1360
25	Fortschreibung des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes	IX/1366

26	Stellungnahme zum Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen „Beauftragung der Stadtverwaltung zur Erstellung eines umfassenden Elektromobilitätskonzeptes	IX/1362
27	Antrag der Fraktion Die Grünen: Beauftragung eines Gutachtens zu neuen Baumstandorten	IX/1394
28	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Projekt "Elektrifizierung der Busflotte"	IX/1392
29	Haushaltsplanberatungen 2018 für die Bereiche 60 -Bauwesen- und 61 -Stadtplanung und Bauaufsicht-	IX/1326
30	Mündliche Mitteilungen	
30.1	Sachstand Bebauungsplan 106 M	
31	Mündliche Anfragen	

Sitzungsergebnis:

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil -

Der Ausschuss nimmt die Niederschrift der letzten Sitzung –öffentlicher Teil- zur Kenntnis.

3 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse der Sitzung vom 07.09.2017 - öffentlicher Teil- Vorlage: IX/1361

Der Ausschuss nimmt den Bericht über die Ausführung der Beschlüsse der Sitzung vom 07.09.2017 –öffentlicher Teil- zur Kenntnis.

zur Kenntnis genommen

4 Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner

Herr Stefan fragt im Zusammenhang mit der in heutiger Sitzung vorliegenden Änderung zum Bebauungsplan 21.1M „Robert-Koch-Straße“ nach den Gründen für das Verfahren und warum dies im Eilverfahren beschlossen werde.

Der Vertreter der Verwaltung erläutert, dass der Grund das Interesse eines Anwohners an der Aufstockung seines Gebäudes gewesen sei. Insgesamt handele es sich um eine städtebaulich verträgliche Maßnahme der Nachverdichtung. Es handele sich allerdings nicht um ein Eilverfahren, sondern um ein vereinfachtes Änderungsverfahren ohne Veränderung der Grundzüge der Planung. Im Rahmen der

noch folgenden Offenlage können die Anwohner die Sicht der Dinge darlegen.

Frau van der Bijl fragt, ob die Folgen der Maßnahme für die Besitzer der anderen Bungalows überhaupt bedacht wurden.

Der Bürgermeister antwortet, dass in der Siedlung standardmäßig 2 bis 2,5 geschossige Gebäude zu finden seien. Einem Eigentümer der wenigen Bungalows nun einen Antrag auf Aufstockung seines Gebäudes auf die Höhe der umgebenden Bauwerke zu verwehren sei keinesfalls nachvollziehbar. Die Stadtplanung stehe gerne für Bedenken zur Verfügung. Der Ausschuss werde sich nach der Offenlage mit diesen Bedenken befassen.

Herr Krämer als direkt betroffener Nachbar versteht nicht warum hier das Einzelinteresse höher wiegt als das Interesse der Allgemeinheit. Auf Rückfrage des Vorsitzenden stellt er keine konkrete Frage.

Herr Meier wohnt seit 12 Jahren in der Robert-Koch-Str. 12 A und hat dieses Objekt wegen der Uneinsehbarkeit des Grundstückes erworben. Der Abstand zwischen den Bungalows sei erheblich geringer als zwischen den höheren Objekten. Er akzeptiere die Maßnahme nicht und halte sie vielmehr wegen der Wertminderung für eine Enteignung und erklärt hiergegen Rechtsmittel einlegen zu wollen.

Der Bürgermeister weist nochmals auf das Verfahren hin.

Frau Weidmann fragt, warum die Anwohner nicht schon im Vorfeld gehört worden seien.

Der Bürgermeister antwortet, dass wegen der Geringfügigkeit der Änderung keine Bürgeranhörung im Vorfeld erfolgt sei und verweist erneut auf die noch folgende öffentliche Auslegung.

Frau van der Bijl fragt, ob der Bürgermeister die betroffenen Bewohner der Häuser kenne oder persönlich vor Ort gewesen sei. Der Bürgermeister antwortet die Personen nicht zu kennen, dies sei allerdings auch nicht erheblich, da es um Baurecht für die Zukunft gehe.

Nachdem keine weiteren Fragen vorliegen beantragt der Vertreter der CDU-Fraktion den Tagesordnungspunkt der vorherigen Fragen von TOP 23 auf TOP 5 vorzuziehen. Da seitens der anwesenden Ausschussmitglieder keine Bedenken dagegen vorliegen, wird die Tagesordnung vom Vorsitzenden entsprechend geändert.

5 Bebauungsplan 21.1M "Robert-Koch-Straße" - 2. Änderung

Vorlage: IX/1286

Herr van der Bijl, CDU-Fraktion, macht für den Tagesordnungspunkt Ausschlussgründe geltend und nimmt nicht an der Beratung und Entscheidung des Tagesordnungspunktes teil.

Der Vertreter der Verwaltung erläutert einführend die Vorlage.

Der Vertreter der CDU-Fraktion erklärt über eine Unterschriftenliste von 17 Anwohnern gegen die geplante Änderung zu verfügen die er der Verwaltung zum Vorgang übergeben werde. Seine Fraktion halte die Umplanung für zu massiv, insbesondere da die Anwohner der ehemaligen Planung vertraut hätten. Auch die hieraus resultierende Verschattung halte er für erheblich.

Die CDU-Fraktion beantrage daher die Durchführung einer Bürgerbeteiligung und die Durchführung eines Ortstermins mit dem Ausschuss.

Der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hält die vorliegende Planung grundsätzlich für verträglich. Die Durchführung einer Bürgerbeteiligung unterstütze er. Daneben schlage er vor, nicht die Firsthöhe, sondern die Traufhöhe zur Anwendung zu bringen.

Der Vertreter der Verwaltung verweist darauf, dass auch im vorliegenden Verfahren Anregungen aus der Bürgerschaft vorgebracht werden können.

Der Vertreter der PETO-Fraktion sieht weder die Notwendigkeit der Durchführung einer Bürgerbeteiligung noch einer Ortsbesichtigung durch den Ausschuss. Die Möglichkeit im vorgeschlagenen Verfahren Anregungen vorzutragen reiche aus.

Der Vertreter der CDU-Fraktion erinnert an die Ortsbesichtigung am Garather Weg. Dieser Vorschlag könne dem Ausschuss die örtliche Enge im Plangebiet verdeutlichen.

Der Vertreter der SPD-Fraktion begrüßt den vorliegenden Bebauungsplan.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass die gesetzlichen Abstandsregelungen nach dem Baugesetzbuch weiterhin gewährleistet sein werden.

Der Vorsitzende lässt sodann über die Anträge der CDU-Fraktion abstimmen:

1. Die CDU-Fraktion beantragt im vorliegenden Bebauungsplanverfahren die Durchführung einer allgemeinen Bürgerbeteiligung.

Dafür: CDU; Bündnis 90/Die Grünen

Dagegen: SPD; PETO

Der Antrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

2. Die CDU-Fraktion beantragt im vorliegenden Bebauungsplanverfahren die Durchführung einer Ortsbesichtigung durch den Ausschuss.

Dafür: CDU

Dagegen: SPD; PETO; Bündnis 90/Die Grünen

Der Antrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Beschlussempfehlung

1. Die Aufstellung des Bebauungsplanes 21.1 M „Robert-Koch-Straße“ – 2. Änderung wird gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen. Ziel der Planänderung ist eine städtebauliche Nachverdichtung des Plangebiets. Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplanes 21.1 M „Robert-Koch-Straße“ – 2. Änderung ergibt sich aus dem als Anlage 1 beigefügten Lageplan, der Bestandteil dieses Beschlusses ist.
2. Der Bebauungsplan 21.1M „Robert-Koch-Straße“ – 2. Änderung wird als Bebauungsplan der Innenentwicklung gemäß § 13a Baugesetzbuch (BauGB) durchgeführt. Von einer Umweltprüfung gemäß § 2 Abs. 4 BauGB wird abgesehen.
3. Der Entwurf des Bebauungsplanes 21.1 M „Robert-Koch-Straße“ – 2. Änderung wird gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) öffentlich ausgelegt.

mehrheitlich zugestimmt

dafür: SPD, PETO, Bündnis 90/Die Grünen

dagegen: CDU

Zum Tagesordnungspunkt liegt keine Wortmeldung vor.

zur Kenntnis genommen

- 7 10. Satzung zur Änderung der "Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 16.12.2008"**
Vorlage: IX/1353

Zum Tagesordnungspunkt liegt keine Wortmeldung vor.

Beschlussempfehlung

Die 10. Satzung zur Änderung der „Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 16.12.2008“ wird in der als Anlage 1 vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzung –Anlage 1- und die Gebührenbedarfsberechnung –Anlage 2- sind Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

- 8 10. Satzung zur Änderung der "Gebührensatzung zur Abfallentsorgungssatzung (Abfallentsorgungsgebührensatzung) der Stadt Monheim am Rhein vom 16.12.2008"**
Vorlage: IX/1339

Zum Tagesordnungspunkt liegt keine Wortmeldung vor.

Beschlussempfehlung

Die 10. Satzung zur Änderung der „Gebührensatzung zur Abfallentsorgungssatzung (Abfallentsorgungsgebührensatzung) der Stadt Monheim am Rhein vom 16.12.2008 wird in der als Anlage 1 vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzung –Anlage 1- und die Gebührenkalkulation –Anlage 2- sind Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

- 9 4. Satzung zur Änderung der "Gebührensatzung zur Grundstücksentwässerungssatzung der Stadt Monheim am Rhein" vom 19.12.2013**
Vorlage: IX/1363

Zum Tagesordnungspunkt liegt keine Wortmeldung vor.

Beschlussempfehlung

Die 4. Satzung zur Änderung der „Gebührensatzung zur Grundstücksentwässerungssatzung der Stadt Monheim am Rhein“ vom 19.12.2013 wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzung -Anlage 1- und die Gebührenkalkulation -Anlage 2- sind Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

**10 4. Satzung zur Änderung der "Friedhofssatzung der Stadt Monheim am Rhein" vom 18.12.2003
Vorlage: IX/1352**

Zum Tagesordnungspunkt liegt keine Wortmeldung vor.

Beschlussempfehlung

Die 4. Satzung zur Änderung der „Friedhofssatzung der Stadt Monheim am Rhein“ vom 18.12.2003 wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

einstimmig zugestimmt

**11 4. Satzung zur Änderung der "Gebührensatzung für die Benutzung der Friedhöfe der Stadt Monheim am Rhein" vom 16.12.2008
Vorlage: IX/1340**

Zum Tagesordnungspunkt liegt keine Wortmeldung vor.

Beschlussempfehlung

Die 4. Satzung zur Änderung der „Gebührensatzung für die Benutzung der Friedhöfe der Stadt Monheim am Rhein“ vom 16.12.2008 wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzung -Anlage 1- und die Gebührenkalkulation -Anlage 2- sind Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

**12 Planung von Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse auf der Opladener Straße
Vorlage: IX/1336**

Herr Baumert, Büro Brilon/Bonzio/Weiser, erläutert einführend die Planung.

Der Vertreter der CDU-Fraktion fragt, ob die großzügige Verbreiterung nicht im kompletten Bereich der Opladener Straße fortgeführt werden könne. Weiter wird gefragt, ob die notwendigen Flächen im Eigentum der Stadt Monheim seien.

Herr Baumert antwortet, dass wegen dem bestehenden Brückenbauwerk eine durchgehende mehrspurige Verkehrsführung nicht möglich sei, dennoch die Leistungsfähigkeit mit der Planung gewahrt sei. Nach dem aktuellen Stand sei die

vorhandene Fläche im Eigentum der Stadt ausreichend.

Der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hält es für besser, mehr Menschen mittels Bussen zu transportieren und beantragt ein Konzept zur Steigerung des ÖPNV mit einer eigenen Busspur zu erstellen.

Der Vertreter der PETO-Fraktion fragt, ob die Abbiegespur in die Oranienburger Straße verlängert werden könne und ob das Brückenbauwerk nicht eventuell teilweise zugunsten einer weiteren Spur zurückgebaut werden könne. Den Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen halte man nicht für zielführend, wenngleich man schon für eine Optimierung des Buslinienverkehrs sei. Es fehle hier einfach an der nötigen Fläche.

Herr Baumert erläutert hinsichtlich der Einmündung in die Oranienburger Straße, dass der Verkehr nach Umsetzung der Gesamtmaßnahme ebenfalls besser fließen werde.

Der Bürgermeister ergänzt, dass das Brückenbauwerk im Eigentum der Stadt sei. Da der Planer nachgewiesen habe, dass der Verkehr nach Umsetzung der Maßnahmen erheblich besser fließen werde, bestehe gar keine zwingende Notwendigkeit das Brückenbauwerk mit erheblichen Kosten und baulichen Maßnahmen anzugehen. Daneben werde mit dem in der heutigen Sitzung vorliegenden Konzept der ÖPNV in Monheim am Rhein deutlich an Attraktivität gewinnen, auch ohne eine eigene Busspur auf der Opladener Straße.

Der Vertreter der SPD-Fraktion fragt, ob es hinsichtlich der auf dem Langenfelder Gebiet befindlichen Ausbaupläne Absprachen gebe.

Der Vertreter der Verwaltung antwortet, dass die Stadt Langenfeld bereits frühzeitig in die Planung einbezogen wurde. Die Stadt Langenfeld sei offen für die Maßnahme, die letztlich auch dem Verkehr dort helfe. Hinsichtlich der Autobahnauffahrten sei daneben Straßen NRW zu beteiligen. Erste Gespräche mit Straßen NRW werde man Anfang 2018 führen.

Der Vertreter der CDU-Fraktion bittet um weitere Zahlen zum Brückenbauwerk im Hinblick auf eine eventuelle Verbreiterung der Fahrbahn der Opladener Straße. Bezüglich der Bauzeit von geplanten 30 Monaten sei seine Fraktion hinsichtlich des Verkehrsflusses besorgt und bittet um Fingerspitzengefühl bei der Ausführung.

Nach Ende der Aussprache lässt der Vorsitzende über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „Die Verwaltung wird beauftragt neben dem vorliegenden ein weiteres Konzept mit der Voraussetzung des Vorranges für den ÖPNV zu entwickeln.“ abstimmen.

Dafür: SPD; Bündnis 90/Die Grünen

Dagegen: CDU; PETO

Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt. Danach lässt der Vorsitzende über den vorliegenden Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussempfehlung

Die Verwaltung wird beauftragt, die konkrete Planung der Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse auf der Opladener Straße aufzunehmen. Sie wird ermächtigt, sich mit dem Landesbetrieb Straßenbau NRW, der Stadt Langenfeld sowie anderen Projektbeteiligten ins Benehmen zu setzen und über Planung und Kostentragung zu verhandeln.

Im Haushalt 2018 sind die veranschlagten Planungskosten bereitzustellen und für die Folgejahre die erforderlichen Haushaltsmittel für die bauliche Umsetzung entsprechend einzuplanen.

mehrheitlich zugestimmt
dafür: SPD, PETO, CDU
dagegen: Bündnis 90/Die Grünen

13 gemeinsames Wasserversorgungskonzept der Städte Langenfeld und Monheim am Rhein
Vorlage: IX/1322

Herr Kerl und Herr Gärtner vom Verbandswasserwerk erläutern einführend die Vorlage.

Der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fragt nach den Erläuterungen inwiefern das Konzept einer besonderen Vertraulichkeit unterliege.

Der Bürgermeister antwortet, dass hier unterschiedliche Auffassungen über die Geheimhaltung des Konzeptes bestehen. Die Stadt Monheim habe dies sorgfältig geprüft und sei zu dem Ergebnis gekommen, dass keine geheimen Informationen mit dem Konzept veröffentlicht werden.

Der Vertreter der PETO-Fraktion fragt, ob das Verbandswasserwerk die Möglichkeit der Realisierung von öffentlichen Trinkwasserbrunnen sieht.

Das Verbandswasserwerk hat bereits verschiedene Angebote erhalten, muss jedoch noch Fragen von Vandalismus und vorhandenen Wasserleitungen klären und wird dann dem Aufsichtsrat entsprechend berichten.

zur Kenntnis genommen

14 vorhabenbezogener Bebauungsplan 146M "Postgebäude Friedrichstraße"
1. Erweiterung Geltungsbereich
2. Variantententscheidung
Vorlage: IX/1316

Herr Beele vom gleichnamigen Planungsbüro erläutert einführend die Planung.

Der Vertreter der PETO-Fraktion sieht eine positive Weiterentwicklung des Projektes. Es handele sich auch um eine maßvolle Nachverdichtung und einen Blickpunkt am Eingang des Berliner Viertels. Positiv auch die geplante Durchmischung der zukünftigen Bewohnerschaft. Wichtig sei auch der weitere Blick auf die Fassadengestaltung. Die Fraktion stimme der Variante D zu.

Der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hält die Baumaßnahme für eindeutig überdimensioniert. Es entstünden hier riesige, die Nachbarschaft erschlagende Wände. In dieser Form könne seine Fraktion nicht zustimmen.

Der Vertreter der CDU-Fraktion begrüßt die Überplanung dieses Bereiches und des daran anschließenden Angstraumes. Eine Wohnqualität sei bei dieser Größe und der sich wahrscheinlich ansiedelnden Sozialstruktur undenkbar. Mit keiner der Visionen könne sich die Fraktion anfreunden.

Der Vertreter der SPD-Fraktion lehnt die gigantische Planung ab. Diese Planungen halte man weder für schön noch für angebracht.

Der Vertreter der PETO-Fraktion erinnert daran, dass in der Zukunft noch über die Gestaltung der Fassade zu befinden sein werde.

Der Vertreter der Verwaltung erläutert, dass das Gebäude speziell für die Örtlichkeit

definiert sei. Der Bürgermeister ergänzt, in der bisherigen Diskussion zum Tagesordnungspunkt sehr wenig städteplanerische Argumente gegen die Planung gehört zu haben. In dem Objekt sollen ca. 170 Wohnungen durch einen privaten Investor erstellt werden.

Der Vertreter der SPD-Fraktion erklärt, er habe sehr wohl Argumente gegen die Planung mitgeteilt und in der Diskussion gehört. Seine Fraktion lehne die Planung ab, da man keine Mischfinanzierung des Projektes erkennen könne, die Verschattung der gegenüberliegenden Bebauung nicht akzeptabel sei und der Tatsache dass das Gebäude für die umliegenden Gebäude zu massiv sei.

Der Bürgermeister antwortet, dass der Investor sein Konzept hinsichtlich der Finanzierung noch gar nicht vorgestellt habe, gleichwohl mit verschiedenen Einkommensgruppen dort plane. Hinsichtlich der Verschattung wurde eine Verschattungsanalyse erstellt, die eine ausreichende Sonneneinstrahlung für die Nachbarschaft belege.

Beschlussempfehlung

1. Der Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 146M „Postgebäude Friedrichstraße“ wird auf den in der Anlage zur Vorlage dargestellten Geltungsbereich erweitert.
2. Auf Basis der Variante D wird der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes erarbeitet.

mehrheitlich zugestimmt

dafür: PETO

dagegen: CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen

15 Bebauungsplan 71B "Hasholzer Grund" - Variantenentscheidung Vorlage: IX/1337

Frau Drenker, Büro ISR, stellt das Verfahren einleitend vor.

Der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen begrüßt das vorliegende Konzept. Die Fraktion wünscht sich dort allerdings mehr Mehrfamilienhäuser.

Der Vertreter der SPD-Fraktion begrüßt die vorliegende Variante und fragt warum in der Bewertungskommission keine Ratsmitglieder beteiligt waren.

Der Bürgermeister antwortet, dass die Verwaltung den Ratsmitgliedern einen weiteren Termin ersparen wollte. Man beteilige die Politiker mehr bei herausragenden Themen.

Der Vertreter der CDU-Fraktion spricht sich ebenfalls für die vorliegende Variante aus. Er fragt ob hier bezahlbares Wohnen oder Sozialwohnungen entstehen sollen. Der Vertreter der Verwaltung antwortet, dass man dieses Thema mit dem Investor sehr offen besprochen habe. Der Investor neige demnach dazu eher die Fördermittel in Anspruch nehmen zu wollen.

Der Vertreter der PETO-Fraktion begrüßt die vorliegende Variante.

Beschlussempfehlung

Die Verwaltung wird beauftragt auf Basis des Entwurfes „Konrath und Wennemar“ den Bebauungsplanentwurf zu erarbeiten.

einstimmig zugestimmt

16 Bebauungsplan 135M "Krankenhaus Monheim"

1. Änderung des Geltungsbereichs

2. Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit

Vorlage: IX/1356

Der Ausschussvorsitzende, Herr Eggert, macht für den Tagesordnungspunkt Ausschlussgründe geltend, begibt sich in den Zuhörerraum und nimmt nicht an der Beratung und Entscheidung des Tagesordnungspunktes teil. Die Sitzungsleitung für den Tagesordnungspunkt übernimmt der stellvertretende Vorsitzende, Herr Kögler.

Herr Berner, Büro ASTOC, erläutert eingangs die Planung.

Der Vertreter der CDU-Fraktion sieht in der Planung eine solche mit Augenmaß. Der Innenhof sei sehr interessant. Wichtig sei hier auch die Versorgung der Bürgerschaft.

Der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen findet das Konzept grundsätzlich begrüßenswert. Skeptisch macht die Fraktion dass zwei große Bäume nicht in die Planung einbezogen wurden. Deshalb werde man das Konzept ablehnen.

Der Vertreter der Verwaltung berichtet, dass wegen der Lage des Grundstückes nicht um die vorhandenen Bäume herumgeplant werde, insbesondere da die Kastanie erkennbar krank sei.

Die Vertreterin der PETO-Fraktion wertet die Planung als guten Ersatz für das ehemalige Krankenhaus. Sie fragt, ob die Tiefgaragenstellplätze auch für Kunden und Patienten des Objektes zugänglich werden. Herr Berner erläutert, dass noch nicht abschließend geklärt sei, ob Stellplätze auch für Kunden und Patienten vorgehalten werden.

Auf Anfrage des Vertreters der CDU-Fraktion nach einem Gutachten über den erkrankten Baum, sagt die Verwaltung zu, dies dem Vertreter der CDU-Fraktion zugänglich zu machen.

Nach Abstimmung über die Beschlussvorlage schlägt der stellvertretende Vorsitzende vor, die Sitzung bis 20:55 Uhr zu unterbrechen. Hiergegen bestehen aus der Mitte des Ausschusses keine Bedenken.

Beschlussempfehlung

1. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes 135M „Krankenhaus Monheim“ wird auf den in Anlage 1 zur Vorlage dargestellten Geltungsbereich erweitert.
2. Auf Grundlage des vorgestellten Planungsentwurfes wird die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen.

mehrheitlich zugestimmt

dafür: SPD, CDU, PETO

dagegen: Bündnis 90/Die Grünen

17 Bebauungsplan 77M 6. Änderung "Heinestraße"

1. Variantenentscheidung

2. Offenlagebeschluss**Vorlage: IX/1351**

Herr Siebenmorgen, Büro MWM, erläutert einführend die Vorlage.

Der Vertreter der PETO-Fraktion sieht hier eine positive Entwicklung auch hinsichtlich der Einrichtung einer Einbahnstraße.

Der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen begrüßt die Vorlage in Teilen, hält den Vorschlag die Fläche auch für den Kraftfahrzeugverkehr zu öffnen jedoch nicht für akzeptabel und lehnt aus diesem Grund die Planung ab.

Der Vertreter der CDU-Fraktion begrüßt grundsätzlich die Planung. Den Kraftfahrzeugverkehr sieht die Fraktion ebenfalls kritisch.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass zwei Bürgerworkshops stattgefunden haben. Der Vorschlag zur Öffnung für Kraftfahrzeugverkehr sei im zweiten Workshop behandelt worden. Hier haben sich die Einzelhändler des Bereiches mit großer Mehrheit für eine solche Öffnung ausgesprochen. Die Heinestraße soll damit wieder in den Fokus der Bevölkerung gerückt werden.

Der Vertreter der SPD-Fraktion lehnt die Vorlage wegen des Kraftfahrzeugverkehrs ab.

Der Vertreter der CDU-Fraktion erläutert, trotz Kritik am Verkehr der Vorlage zustimmen zu wollen, da das restliche Konzept sehr positiv sei.

Beschlussempfehlung

1. Die Verwaltung wird beauftragt auf Basis der Variante 4 den Baubeschluss vorzubereiten.
2. Der Bebauungsplanentwurf 77M 6. Änderung „Heinestraße“ wird gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) öffentlich ausgelegt.

mehrheitlich zugestimmt

dafür: PETO, CDU

dagegen: SPD, Bündnis 90/Die Grünen

- 18 56. Änderung Flächennutzungsplan "Sophie-Scholl-Quartier"**
- Öffentliche Auslegung (erneuter Beschluss)
Vorlage: IX/1288

Zum Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen vor.

Beschlussempfehlung

Der überarbeitete Entwurf der 56. Änderung des Flächennutzungsplanes „Sophie-Scholl-Quartier“ wird gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) öffentlich ausgelegt.

mehrheitlich zugestimmt

dafür: SPD, PETO, Bündnis 90/Die Grünen

dagegen: CDU

- 19 Bebauungsplan 66B "Sophie-Scholl-Quartier"**
- Öffentliche Auslegung (erneuter Beschluss)
Vorlage: IX/1296

Der Vertreter der CDU-Fraktion erläutert, wegen der Massivität der Bebauung nicht zuzustimmen.

Der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat zwar Sorge wegen der Stellplatzanlage, seine Fraktion werde jedoch zustimmen.

Beschlussempfehlung

Der überarbeitete Bebauungsplanentwurf 66B „Sophie-Scholl-Quartier“ wird gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) öffentlich ausgelegt.

mehrheitlich zugestimmt

dafür: SPD, PETO, Bündnis 90/Die Grünen

dagegen: CDU

**20 Vorhabenbezogener Bebauungsplan 144M "Am Hang" erneute Offenlage
Vorlage: IX/1329**

Der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hält die Bauhöhe für zu hoch und lehnt die Vorlage daher ab.

Der Vertreter der CDU-Fraktion schließt sich dem Vorredner an.

Beschlussempfehlung

Der Bebauungsplanentwurf 144M „Am Hang“ wird gemäß § 4a Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit § 3 Abs. 2 BauGB erneut öffentlich ausgelegt.

mehrheitlich zugestimmt

dafür: SPD, PETO

dagegen: CDU, Bündnis 90/Die Grünen

**21 Vorhabenbezogener Bebauungsplan 65B "Hotel Rheinterrassen"
- Variantenentscheidung
Vorlage: IX/1327**

Der Vertreter der Verwaltung erläutert die vorliegenden Möglichkeiten der Dachformen.

Die Vertreter aller Fraktionen sprechen sich für ein Satteldach aus.

Beschlussempfehlung

Die Verwaltung wird beauftragt den Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes auf Basis der Variante Satteldach zu erarbeiten.

einstimmig zugestimmt

**22 Bebauungsplan 70B "Kita Benrather Straße"
Offenlagebeschluss
Vorlage: IX/1354**

Zum Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen vor.

Beschlussempfehlung

1. Der Bebauungsplanentwurf 70B „Kita Benrather Straße“ wird gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) öffentlich ausgelegt.

einstimmig zugestimmt

23 Bebauungsplan 33B(a) 9. Änderung "Kita Bregenzer Straße"
1. Aufstellungsbeschluss
2. Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit
Vorlage: IX/1358

Zum Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen vor.

Beschlussempfehlung

1. Die Aufstellung des Bebauungsplanes 33B(a) 9. Änderung „Kita Bregenzer Straße“ wird gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen. Ziel des Bebauungsplanes ist es, die planungsrechtlichen Voraussetzungen für den Neubau einer Kindertagesstätte zu schaffen. Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplanes 33B(a) 9. Änderung ergibt sich aus dem als Anlage 1 beigefügten Lageplan, der Bestandteil dieses Beschlusses ist.
2. Der Bebauungsplan 33B(a) 9. Änderung „Kita Bregenzer Straße“ wird als Bebauungsplan der Innenentwicklung gemäß § 13a Baugesetzbuch (BauGB) durchgeführt. Von einer Umweltprüfung gemäß § 2 Abs. 4 BauGB wird abgesehen.
3. Auf Grundlage des vorgestellten Planentwurfes wird die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen.

einstimmig zugestimmt

24 ÖPNV-Leistungsausweitung 2018/2019
Vorlage: IX/1360

Herr Hövermann, BSM, und Herr Sievers, Büro BLIC GmbH, erläutern einführend die Vorlage.

Der Vertreter der SPD-Fraktion fragt nach dem Deckungsgrad der Linie SB 79. Weiter schlägt der Vertreter vor, den Nachtexpress wegen der Tagesfahrten am Samstag umzubenennen.

Herr Hövermann erläutert, dass eine Umbenennung im Rahmen der Regelungen des VRR nicht möglich ist. Es liegen aktuell keine Zahlen mangels fehlender Zählungen vor. Nach Berichten der Fahrer haben sich die Fahrgastzahlen zuletzt jedoch erhöht. Der Bürgermeister ergänzt, dass die Buslinie in Verbindung mit den beabsichtigten und den bestehenden Gewerbeansiedlungen im Creative Campus von besonderer Bedeutung ist.

Der Vertreter der PETO-Fraktion sieht hierin ein zukunftsfähiges Konzept.

Der Ausschussvorsitzende weist darauf hin, dass der Beschluss unter Ziffer 1 aus rechtlichen Gründen um den Zusatz „für das Gebiet der Stadt Monheim am Rhein“ ergänzt werden müsse und lässt sodann über die Vorlage abstimmen.

Beschlussempfehlung

1. Der im Anhang dargestellten ÖPNV-Leistungsausweitung für das Gebiet der Stadt Monheim am Rhein ab 2018/2019 wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die ÖPNV-Leistungsausweitung den Gremien

des Kreises Mettmann vorzustellen und die Aufnahme der Maßnahmen in den Nahverkehrsplan des Kreises zu beantragen.

einstimmig zugestimmt
Enthaltung: SPD

25 Fortschreibung des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes
Vorlage: IX/1366

Zum Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen vor.

Beschlussempfehlung

Die Fortschreibung des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes von Mai 2017 inklusive der darin dargestellten zentralen und nicht-zentralen Versorgungsbereiche sowie der aktualisierten „Monheimer Sortimentsliste“ wird beschlossen.

mehrheitlich zugestimmt
dafür: CDU, Bündnis 90/Die Grünen, PETO
dagegen: SPD

26 Stellungnahme zum Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
„Beauftragung der
Stadtverwaltung zur Erstellung eines umfassenden Elektromobilitätskonzeptes
Vorlage: IX/1362

Der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erläutert einführend den Antrag.

Der Bürgermeister ergänzt die Stellungnahme der Verwaltung dahingehend, dass die Stromanbieter aktuell versuchen sich ein grünes Image über die Aufstellung von Ladesäulen zu geben. Für die Nutzer bringe dies jedoch recht wenig, da die Fahrzeuge am Wohn- und Arbeitsort geladen werden müssen. Für diese Fälle werde die Stadt in Verbindung mit der MEGA im Sitzungslauf Februar 2018 ein Konzept vorlegen. Daneben werde in der kommenden Woche das Konzept über Leihräder und E-Bikes vorgestellt. Die städtischen Fahrzeuge alle auf Strom umzurüsten macht z.B. bei den städtischen Betrieben und der Feuerwehr aktuell keinen Sinn, da keine entsprechenden Angebote am Markt vorliegen. Für die allgemeinen Beschäftigten der Verwaltung werde zukünftig auf Elektromobilität umgestellt und diese Fahrzeuge gleichzeitig der Bürgerschaft im Wege eines Carsharing-Modells verfügbar gemacht.

Der Vertreter der CDU-Fraktion hält das Thema für die Umwelt grundsätzlich für wichtig und werde dem Antrag zustimmen.

Beschlussempfehlung

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein lehnt den Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen „Beauftragung der Stadtverwaltung zur Erstellung eines umfassenden Elektromobilitätskonzeptes ab.

mehrheitlich zugestimmt
dafür: PETO
dagegen: CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen

27 Antrag der Fraktion Die Grünen: Beauftragung eines Gutachtens zu neuen

Baumstandorten**Vorlage: IX/1394**

Der Vorsitzende verweist auf die zu Beginn der Sitzung durch die Verwaltung vorgelegte Stellungnahme.

Der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen habe sich inhaltlich nicht mit der Stellungnahme auseinandersetzen können und beklagt, dass es nicht korrekt sei auf Anträge der Fraktion seitens des Bürgermeisters die Bitte um ablehnende Stellungnahme an die Verwaltung zu richten.

Der Vertreter der PETO-Fraktion erinnert an den letzten statistischen Bericht der belege, dass die Waldfläche in den letzten Jahren gestiegen sei. Auch die angekündigten Ersatzpflanzungen lassen den Baumbestand als gesichert erscheinen. Die Fraktion werde den Antrag daher ablehnen.

mehrheitlich abgelehnt**dafür: SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen****dagegen: PETO****28 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Projekt "Elektrifizierung der Busflotte"****Vorlage: IX/1392**

Die antragstellende Fraktion erläutert den Antrag einleitend.

Der Vertreter der BSM antwortet, dass die in Aussicht stehenden Bundesmittel sicher ein Anreiz seien. Insgesamt werden derzeit allerdings nur Einzelprojekte dieser Art durchgeführt, die keinen verlässlichen ÖPNV-Betrieb zulassen. Er habe mit einem Vertreter der Firma Mercedes-Benz gesprochen. Man habe ihm für das Jahr 2019 einen Bus mit einer garantierten Reichweite von 100 km zugesagt. Vor dem Hintergrund von Temperaturen und Verbrauchern sowie den bestehenden Infrastrukturen müsse man wissen, dass nach bisherigen Erkenntnissen E-Busse die bisherigen Modelle nie in Gänze ersetzen können. Er empfehle zunächst auf den eigenen Bedarf und die eigenen Umläufe zu schauen und aktuell keine Risiken einzugehen. Auch das neue Konzept Sorge für Kapazitätsengpässe auf dem Betriebsgelände, so dass keine Aufladeflächen auf dem Gelände bereitstehen.

Der Vertreter der CDU-Fraktion sieht die Entwicklung noch nicht als ausreichend an und schlägt vor der Antragsteller möge seinen Antrag bis zu einem späteren Zeitpunkt zurückziehen. Ansonsten werde sich seine Fraktion enthalten.

Der Antragsteller bittet auf Nachfrage des Vorsitzenden um Abstimmung. Insgesamt halte seine Fraktion die Gespräche mit der Rheinbahn für wichtig.

mehrheitlich abgelehnt**dafür: SPD, Bündnis 90/Die Grünen****dagegen: PETO****Enthaltung: CDU****29 Haushaltsplanberatungen 2018 für die Bereiche 60 -Bauwesen- und 61 - Stadtplanung und Bauaufsicht-**
Vorlage: IX/1326

Der Vorsitzende ruft die einzelnen Seiten auf.

Seite 146:

Der Vertreter der CDU-Fraktion beantragt die Aufstockung der Kapazitäten der städtischen Betriebe um fünf Stellen im operativen Bereich z. B. für Beikehrer und Grünpfleger.

Der Bürgermeister erläutert sich an das Grünflächenpflegekonzept halten zu wollen. Demnach werde nach Bezug des neuen Betriebshofes geprüft, ob der Pflegestandard weiteres Personal erforderlich mache. Dies sei auch die aktuelle Beschlusslage.

Der Antragsteller fragt nach den Bekehrern. Hier könne der Antrag ggf. geteilt werden.

Der Vertreter der Verwaltung antwortet, dass die Verwaltung derzeit die Straßenreinigungssatzung überprüfe und nach möglichen anderen Lösungen im Hinblick auf die Verbesserung der Reinigungsleistung suche. Insbesondere bei parkenden Fahrzeugen nütze ein Beikehrer nichts.

Der Bürgermeister teilt mit, dass es keinen Beikehrer oder Haltverbotsregelungen im Konzept gebe, man mache sich Gedanken die Situation an für die Maschine unzugänglichen Stellen zu verbessern. Dieses Konzept werde im Sommer vorgelegt. Der Vertreter der PETO-Fraktion stimmt der Intention zu, dem Antrag jedoch nicht.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen:

Dafür: CDU-Fraktion

Dagegen: PETO-Fraktion

Enthaltung: SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Der Antrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Seite 341 ff.:

Der Vertreter der SPD-Fraktion fragt nach einem seit Jahren im Rohbau befindlichen Gebäude auf der Schildgesgasse.

Der Vertreter der Verwaltung antwortet, dass die Verwaltung keine Handlungsmöglichkeit habe diesen Schandfleck zu beseitigen.

Der Vertreter der CDU-Fraktion erklärt, dass der Antrag XII aus dem Antragskatalog der CDU-Fraktion vom 22.11.2017 für die heutige Sitzung zurückgezogen werde, da erkannt worden sei, dass der Antrag im Haupt- und Finanzausschuss zu beraten sei.

Seite 375 ff.:

Der Vertreter der CDU-Fraktion beantragt die Schaffung der Möglichkeit die Pflege von Grünanlagen auf Kreisverkehren als PPP zu vergeben und führt hierzu inhaltlich aus.

Der Vertreter der PETO-Fraktion hält eine verbindliche Verpflichtung für die Stadt nicht für notwendig.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen:

Dafür: CDU-Fraktion

Dagegen: PETO-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Enthaltung: SPD-Fraktion

Der Antrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Sodann beantragt der Vertreter der CDU-Fraktion die Verwaltung mit der Wiederaufnahme der Planung der seinerzeit angedachten Verlängerung der

Baumberger Chaussee bis zur Alfred-Nobel-Straße zu beauftragen. Für die Grundlagenermittlung sollen hier € 50.000,- bereitgestellt werden.

Der Vertreter der PETO-Fraktion führt diesbezüglich aus, dass die Maßnahme als Abkürzung genutzt werden würde. Auch die Anwohner seien dort sehr gut organisiert und klagewillig.

Der Vertreter der Verwaltung verweist auf Lärmschutzprobleme und Konflikte mit dem Umwelt- und Naturschutz.

Der Bürgermeister weist auf die grundsätzliche Problematik zur Haushaltsberatung hin. Hier bestehe offensichtlich der Glaube, dass die Möglichkeit bestünde, im Rahmen der Beratungen zum Haushalt des kommenden Jahres bereits Projekte zu implementieren. Die Beratungen zum Haushalt seien jedoch nur dazu da, der Verwaltung für das kommende Jahr ein Budget für das jeweilige Produkt zu geben. Über einzelne Aufgaben sollte doch über Anträge der Fraktionen zur Sache debattiert werden. Die Verwaltung sei bei einem derartigen Beschluss durchaus in der Lage Finanzmittel von € 50.000,- kurzfristig aus dem laufenden Haushalt bereitzustellen. Insofern bittet der Bürgermeister hier zukünftig zwischen Haushalt und Sachthema zu trennen.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen:

Dafür: CDU-Fraktion

Dagegen: PETO-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Enthaltung: SPD-Fraktion

Der Antrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Der Vertreter der CDU-Fraktion beantragt darauf die Verwaltung zu beauftragen, die Anbindung des bestehenden geteerten Weges im Rheinbogen an den asphaltierten Übergang des neuen Rheindamms in Höhe des Landschaftsparks „Rheinbogen am Werth“ einzurichten. Hierfür solle ein Betrag nach Einschätzung der Verwaltung eingestellt werden.

Der Bürgermeister berichtet, dass er, da der Antrag erst seit einem Arbeitstag vorliege keine ausreichende Sachlage zum Antrag habe ermitteln könne. Er schlage daher vor, zunächst alle sachdienlichen Information wie z.B. Naturschutz, Eigentumsverhältnisse etc. abzuklären und dem Ausschuss in der nächsten Sitzung diesbezüglich eine Vorlage an die Hand zu geben.

Der Vertreter der CDU-Fraktion ist mit dem vom Bürgermeister vorgeschlagenen Prüfauftrag einverstanden.

Der Vorsitzende lässt über den Vorschlag des Bürgermeisters abschließend beschließen.

Der Prüfauftrag wird einstimmig beschlossen.

Ein weiterer Antrag der CDU-Fraktion fordert die Errichtung einer Überquerungshilfe im Bereich der Bleer Straße, auf Höhe zwischen Brückenschleeweg und Alfred-Nobel-Straße mit einmaligen Investitionskosten von € 80.000,-.

Da bereits im Rahmen des Bürgerhaushaltes ein gleichartiger Vorschlag vorliegt und die Verwaltung hier eine Prüfung zugesagt hat, schlägt der Bürgermeister vor, wie bereits im vorigen Antrag, in der nächsten Sitzung dem Ausschuss einen Vorschlag zu machen.

Der Antragsteller ist mit dem Verfahren einverstanden.

Sodann beantragt der Vertreter der CDU-Fraktion die Ertüchtigung und Aufwertung des Parkplatzes „An der Aue“ am Ortsausgang in Baumberg im Umfang von bis zu € 150.000,-.

Der Bürgermeister empfiehlt die Maßnahme in die Projektliste des Haushaltes aufzunehmen. Es wäre dann investiv im Haushalt veranschlagt, zusätzlich müsste, da es sich um einen Betrag über € 100.000,- handelt dann noch ein Baubeschluss gefasst werden.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen:

Die Mitglieder des Ausschusses stimmen dem Antrag einstimmig zu.

Anschließend beantragt der Vertreter der CDU-Fraktion die Verwaltung mit der Instandsetzung des Wanderparkplatzes „Knipprather Busch“ im Umfang von bis zu € 30.000,- zu beauftragen.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen:

Die Mitglieder des Ausschusses stimmen dem Antrag einstimmig zu.

Der Bürgermeister gibt zu dem Wanderparkplatz noch den Hinweis, dass hier kein weiterer Baubeschluss erfolgen werde, da unter € 100.000,-.

Sodann stellt der Vertreter der CDU-Fraktion den Antrag, die Verwaltung zu beauftragen die Gestaltung der Rheinpromenade im Abschnitt vom Kreisverkehr am Kielsgraben bis zum Ortseingang Baumberg entsprechend der Gestaltung vom Kreisverkehr Krischerstraße bis zu diesem Abschnitt zu planen. Ebenso solle der Ausbau des Fuß- und Radweges vom Kreisverkehr entlang des Rheinufer bis zu den Baumberger Rheinterrassen inklusive Beleuchtung und Stadtmobiliar geplant werden. Hierfür sollen € 50.000,- für die Planung eingestellt werden.

Der Vertreter der PETO-Fraktion sieht den Antrag kritisch.

Der Bürgermeister rät hinsichtlich der Beleuchtung von einer Umsetzung ab. Bereits im Bürgerhaushalt habe die Verwaltung entsprechende Vorschläge abgelehnt. Die Gestaltung der Pflasterung müsse zunächst erst einmal kalkuliert werden. Dies könne durchaus in der nächsten Ausschusssitzung erfolgen ohne heute einen Beschluss zu fassen.

Der Vertreter der CDU-Fraktion hält an seinem Antrag fest, um hier im kommenden Jahr weiter handeln zu können.

Der Vertreter der PETO-Fraktion bedauert das Festhalten an dem Antrag, da man in der Sache einig sei, jedoch einen Beschluss aktuell nicht benötige.

Hierauf lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen:

Dafür: SPD-Fraktion, CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Dagegen: PETO-Fraktion

Der Antrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Hierauf beantragt der Vertreter der CDU-Fraktion die Verwaltung mit der Aufstellung von insgesamt drei Trinkwasserentnahmestellen für Fahrradfahrer, Spaziergänger, etc. jeweils in Höhe der Baumberger Rheinauen, an der „Harmonie“-Statue gegenüber der Marienkapelle, sowie mittig auf dem Rheindeich zu beauftragen. Hierzu sollen € 30.000,- in den Haushalt eingestellt werden.

Der Bürgermeister verweist darauf, dass das Verbandswasserwerk bereits entsprechende Maßnahmen prüfe und bittet den Antragsteller die Bereiche aus dem Antrag zu streichen, damit für die Errichtung die notwendige Flexibilität entsteht. Hiermit ist der Antragsteller einverstanden.

Der Vorsitzende lässt darauf über den Antrag ohne Angabe der Örtlichkeiten abstimmen:

Die Mitglieder des Ausschusses stimmen dem Antrag einstimmig zu.

Danach beantragt der Vertreter der CDU-Fraktion die Verwaltung zu beauftragen, die Ertüchtigung der Bankette an den Glascontainern am Ortsausgang Baumberg/Hellerhof im Umfang von bis zu € 20.000,- vorzunehmen.

Der Vertreter der PETO-Fraktion verweist auf Aussagen zu Glascontainern im Bürgerhaushalt, weshalb seine Fraktion nicht zustimmen werde.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass die Verwaltung derzeit prüfe versenkbare Glascontainer sukzessive einzuführen. Das Projekt sei nicht vorrangig und über mehrere Jahre angelegt. Die Verwaltung werde die Bankette mit Bordmitteln durch die städtischen Betriebe herrichten lassen.

Nach der Zusage des Bürgermeisters zieht der Antragsteller den Antrag zurück.

Der Vertreter der SPD-Fraktion ist verwundert darüber, dass die Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag auf die Erweiterung des Straßenreinigungskonzeptes besagt es werde ein Konzept erstellt, im Bürgerhaushalt von der Verwaltung jedoch zu einem ähnlichen Antrag gesagt wurde, dass kein Handlungsbedarf bestehe.

Der Bürgermeister erläutert, dass die Verwaltung des Beikehrerkonzept und festgelegte Halteverbote ablehne. Es gäbe sicher Bereiche im Stadtgebiet die einer verbesserten Reinigung bedürfen, hierzu werde die Verwaltung auch Vorschläge machen. Er weist auch darauf hin, dass die Reinigungen zu 100 % gebührenrelevant seien und somit von den Bürgerinnen und Bürgern zu zahlen seien. Im Sinne der Bürgerschaft und der finanziellen Belastung solle hier ein schmales Konzept vorgelegt werden.

Der Vertreter der CDU-Fraktion verweist auf Beispiele für Beikehrer aus Nachbarstädten. Hier werde mit Blasgeräten gearbeitet.

Der Vertreter der PETO-Fraktion lehnt den Antrag ab und weist darauf hin, dass die Verwaltung ohne Vorfestlegung frei ein Konzept entwickeln können müsse.

Der Vorsitzende lässt darauf über den Antrag der SPD-Fraktion abstimmen:

Dafür: SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, CDU-Fraktion

Dagegen: PETO-Fraktion

Der Antrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Der Vertreter der SPD-Fraktion fragt bezüglich der Erneuerung der Hofstraße, ob die Abrechnung der Beiträge mit den Anliegern bereits erfolgt sei.

Der Vertreter der Verwaltung erläutert, dass die Abrechnung wegen der Aufbereitung der Aufmaße noch nicht erfolgt sei. Die Abrechnung erfolge Anfang 2018.

Hinsichtlich der Erneuerung der Straße Am Sportplatz/Birkenweg fragt der Vertreter

der SPD-Fraktion, ob nach dem KAG NRW die Anwohner hier ebenfalls veranlagt werden.

Der Vertreter der Verwaltung erläutert, hier noch in der Planung zu sein. Es handele sich um eine abrechnungsfähige KAG Maßnahme.

Weiter fragt der Vertreter der SPD-Fraktion, ob der samstägliche Wochenmarkt auf der Heinestraße durch die bevorstehenden Bauarbeiten betroffen sei.

Der Bürgermeister antwortet, dass die Baumaßnahme in mehreren Bauabschnitten durchgeführt wird. Insofern gebe es noch genügend Aufstellflächen für einen geregelten Marktbetrieb.

Hinsichtlich der Boxen zur Abstellung von Fahrrädern fragt der Vertreter der SPD-Fraktion, wo diese aufgestellt werden und ob abschließbar oder geöffnet.

Der Vertreter der Verwaltung antwortet, dass dies bereits beschlossen sei. Es gebe hierzu eine eigene Vorlage.

Der Vertreter der CDU-Fraktion fragt wegen der Überplanung des UCB-Bereiches hinsichtlich eines zukünftigen Umbaus der Rheinuferstraße, ob hier Anliegerbeiträge anfallen werden.

Der Bürgermeister antwortet, dass die Frage der Beiträge noch nicht abschließend geklärt sei. Dennoch wurde in der Bürgerbeteiligung seitens der Verwaltung auf das mögliche Risiko solcher Beiträge hingewiesen.

Der Vertreter der SPD-Fraktion stellt den Antrag, die Verwaltung zu beauftragen zu prüfen, ob eine Geschwindigkeitsmessanlage aus Richtung Urdenbach kommend auf der Hauptstraße aufgestellt werden könne

Der Bürgermeister erläutert, dass im dortigen Bereich Tempo 30 ausgeschildert sei, was jedoch einer gerichtlichen Überprüfung mangels Erfordernis nicht standhalten würde. Hier würde die Verwaltung sich schwer tun entsprechende Maßnahmen umzusetzen.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen:

Dafür: SPD-Fraktion

Dagegen: CDU-Fraktion, PETO-Fraktion

Enthaltung: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Der Antrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Seite 397 ff.:

Der Vertreter der CDU-Fraktion beantragt, die Verwaltung mit der Überarbeitung des städtischen Konzeptes zur Pflege von Grünflächen zur Anhebung der Pflegestandards, sowie der Verstärkung der öffentlichen Begrünung in Form von Blumen und Pflanzkübeln zu beauftragen. Hierfür sollen € 100.000,- angesetzt werden.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen:

Dafür: CDU-Fraktion

Dagegen: PETO-Fraktion

Enthaltung: SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Der Antrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Seite 418 ff.:

Der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt: Die Stadt Monheim fördert innovative Umwelt- und Klimaschutzbildungsprojekte im Kinder- und Jugendbereich mit jährlich bis zu € 100.000,-.

Der Bürgermeister verweist auf die vorliegende schriftliche Stellungnahme durch den städtischen Klimaschutzmanager.

Der Vertreter der PETO-Fraktion erläutert den Antrag abzulehnen.

Der Vertreter der CDU-Fraktion erläutert ebenfalls den Antrag ablehnen zu wollen.

Der Bürgermeister schlägt vor, bei konkreten Maßnahmen die ggf. Inklusion beinhalten einen Antrag über die vorhandenen Mittel aktiv-Inklusiv zu stellen. Hier werden viermal jährlich Mittel ausgegeben.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen:

Dafür SPD-Fraktion; Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Dagegen: CDU-Fraktion, PETO-Fraktion

Der Antrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Beschlussempfehlung

Der Entwurf des Haushaltsplanes 2018 für die Bereiche 60–Bauwesen und 61–Stadtplanung und Bauaufsicht wird -mit den in der Sitzung am 30.11.2017 beschlossenen Änderungen- zur weiteren Beratung an den Haupt- und Finanzausschuss überwiesen.

einstimmig zugestimmt

Enthaltung: SPD, CDU

30 Mündliche Mitteilungen

30.1 Sachstand Bebauungsplan 106 M

Der Vertreter der Verwaltung weist darauf hin, dass der Bebauungsplan 106 M in den nächsten Rat eingebracht werde, da die KITA zügig realisiert werden soll.

31 Mündliche Anfragen

Zum Tagesordnungspunkt liegen keine Anfragen vor.

Andy Eggert
Ausschussvorsitzender

Wolfgang Mansen
Schriftführer